

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung

1.) Haushaltssatzung des Kreises Euskirchen für das Haushaltsjahr 2019 vom 04.07.2019

Aufgrund § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 646) und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) unter Berücksichtigung aller seitdem erfolgten Änderungen hat der Kreistag des Kreises Euskirchen mit Beschluss vom 10.04.2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben des Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	344.493.800 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	349.693.800 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	323.418.400 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	326.363.000 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	21.570.600 €
--	--------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt.	35.671.500 €
---	--------------

§ 2 Kredite

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	1.245.000 €
--	-------------

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf festgesetzt.	61.275.000 €
--	--------------

§ 4 Rücklagen

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf festgesetzt. 5.200.000 €

§ 5 Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf 5.000.000 €.

§ 6 Kreisumlage

(1) Kreisumlage nach § 56 Abs. 1 KrO NRW

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2019 auf der geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. 31,93 v.H.

(2) Jugendamtsumlage nach § 56 Abs. 5 KrO NRW

Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Aufwendungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des Jugendamtes wird für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine einheitliche ausschließliche Belastung für das Haushaltsjahr 2019 auf der geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. 21,60 v.H.

(3) ÖPNV-Umlage nach § 56 Abs. 4 KrO NRW (Zuschussbedarf Produkt 547 02 -Verkehrsunternehmen-)

Zur Deckung des Zuschussbedarfs der Einrichtung des ÖPNV wird von allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Mehrbelastung erhoben.

Die Mehrbelastung verteilt sich wie folgt:

Stadt / Gemeinde	in % der Umlagegrundlagen 2019
Bad Münstereifel	2,5918705860
Blankenheim	3,7694064415
Dahlem	2,3659416157
Euskirchen	0,7803362538
Hellenthal	3,0117447206
Kall	2,4461133819
Mechernich	1,1682941210
Nettersheim	3,1942133537
Schleiden	2,4926221581
Weilerswist	1,4507425893
Zülpich	2,6674962291

(4) Förderschulumlage nach § 56 Abs. 4 KrO NRW (Zuschussbedarf Produkt 221 05 -Matthias-Hagen-Schule- und Produkt 221 06 -Stephanusschule-)

Zur Deckung des Zuschussbedarfs der Einrichtung Förderschulzentrum wird von den nachfolgend genannten Städten und Gemeinden eine Mehrbelastung erhoben.

Die Mehrbelastung verteilt sich wie folgt:

Stadt / Gemeinde	in % der Umlagegrundlagen 2019
Bad Münstereifel	0,6888481178
Euskirchen	0,7778453989
Kall	0,0368607805
Mechernich	1,1460357457
Weilerswist	0,5407240102
Zülpich	1,3451709672

(5) Wertstellung der Kreisumlagezahlungen

Die Kreisumlage und die Mehrbelastungen sind in gleichen Monatsraten jeweils zum 25. eines jeden Monats zu zahlen. Erfolgt die Wertstellung der Zahlung nicht am Fälligkeitstag, werden Verzugszinsen in Höhe von 6 % p.a. für die ausstehenden Beträge erhoben.

§ 7 Bewirtschaftungsregeln

(1) Budgets

Erträge und Aufwendungen, Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie Ein- und Auszahlungen für Investitionen werden jeweils zu Budgets verbunden.

Budgets im Sinne des § 21 Abs. 1 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) sind die Budgets der 2. Budgetstufe. Davon abweichend sind Budgets im Sinne des § 21 Abs. 1 KomHVO NRW die Budgets der 3. Budgetstufe bei

- a) Budgets im Budgetbereich 700;
- b) Budgets im Budgetbereich 400 400.

(2) Deckungsfähigkeit

In den gemäß Abs. 1 festgelegten Budgets erhöhen Mehrerträge und vermindern Mindererträge die Ermächtigungen für Aufwendungen.

In den gemäß Abs. 1 festgelegten Budgets erhöhen Mehreinzahlungen und vermindern Minder-einzahlungen die Ermächtigungen für Auszahlungen.

In den gemäß Abs. 1 festgelegten Budgets erhöhen Mehreinzahlungen und vermindern Minder-einzahlungen die Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen.

§ 1 KomHVO bleibt von den o.a. Regelungen unberührt.

(3) Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Budgets werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Verpflichtungsermächtigungen können budgetübergreifend für andere Investitionsmaßnahmen derselben Zeile in Anspruch genommen werden.

§ 8 Sonstige Regelungen

Für das Haushaltsjahr 2019 werden folgende sonstige Regelungen getroffen:

- (1) Erheblich im Sinne des § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW sind
 1. Verschlechterungen eines Budgetansatzes im Ergebnisplan um mehr als 250.000 €
 2. Verschlechterungen des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 17) im Finanzplan je Budget um mehr als 250.000 €
 3. über- und außerplanmäßige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bei einer Zeile je Budget, wenn sie
 - a) bei freiwilligen Auszahlungen den Betrag von 5.000 €
 - b) bei auf gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung beruhenden Auszahlungen den Betrag von 125.000 € übersteigen.

Die Regelung der lit. b) findet keine Anwendung auf Auszahlungen auf Grund von maßnahmenbezogenen Einzelverträgen, die dem Ursprung nach freiwilliger Natur sind.
- (2) Die Wertgrenzen nach Abs. 1 Nr. 3 gelten auch für überplanmäßige Investitionsauszahlungen nach § 83 Abs. 3 GO.
- (3) Nicht erheblich sind ohne Rücksicht auf die Höhe solche Aufwendungen, die nicht zu Auszahlungen an Dritte führen. Das Gleiche gilt für die Verwendung zweckbestimmter Erträge und Einzahlungen.
- (4) Im Falle der Abwesenheit des Kämmerers wird die Entscheidung nach § 83 Abs. 1 Satz 3 GO NRW über die Leistung nicht erheblicher über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen auf die Abteilungsleitung der Abt. 20 übertragen.
- (5) Soweit im Stellenplan kw-Vermerke (künftig wegfallend) angebracht sind, dürfen freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- oder Entgeltgruppe nicht mehr besetzt werden.
- (6) Die im Stellenplan angebrachten ku-Vermerke (künftig umzuwandeln) haben die Wirkung, dass bei den von einem ku-Vermerk betroffenen Stellen jede freiwerdende Stelle in eine Stelle einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe umzuwandeln sind.
- (7) Beamte können mit Rückwirkung zum 1. des Beförderungsmonats in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.

2.) Bekanntmachung der Haushaltssatzung / Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Festsetzung der Umlagesätze bedurfte nach § 56 Abs. 2 KrO der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Aus diesem Grunde war die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen der Bezirksregierung Köln mit Schreiben vom 29.04.2019 zur Genehmigung zugeleitet worden.

Die Bezirksregierung Köln hat nun mit Verfügung vom 01.07.2019 die Genehmigung ohne Bedingungen und Auflagen erteilt und mitgeteilt, dass gegen die Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Jahr 2019 keine Bedenken bestehen.

Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen liegt zur Einsichtnahme bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019 gemäß § 96 Abs. 2 GO NRW im Kreishaus in Euskirchen, Jülicher Ring 32, Zimmer A 081 – 084, während folgender Dienstzeiten öffentlich aus:

montags bis donnerstags	08.00 Uhr – 12.30 Uhr und 13.00 Uhr – 16.00 Uhr
freitags	08.00 Uhr – 12.30 Uhr.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Landrat hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Kreis vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

3.) Öffentliche Bekanntmachung

Der Kreis Euskirchen macht durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Kreises Euskirchen im Kreishaus, Jülicher Ring 32, Erdgeschoss, Haupteingang, 53879 Euskirchen, folgendes bekannt:

Haushaltssatzung des Kreises Euskirchen für das Haushaltsjahr 2019 vom 04.07.2019

Die Bekanntmachung erfolgt gleichzeitig auch im Internet unter www.kreis-euskirchen.de in der Rubrik Aktuelles/Bekanntmachungen.

Euskirchen, 04.07.2019

gez.: Rosenke
(Landrat)